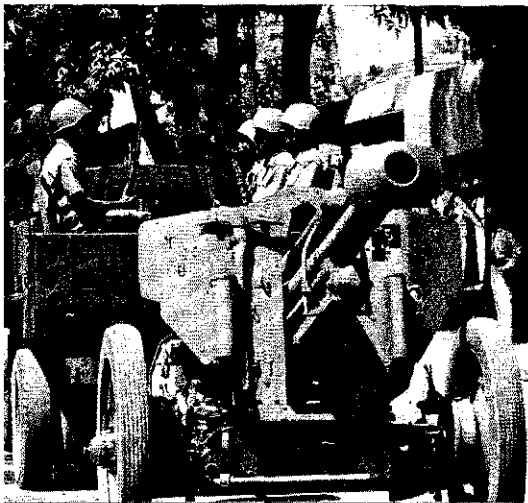


„SAGEN SIE MIR: HABEN WAFFEN EINE SEELE?“

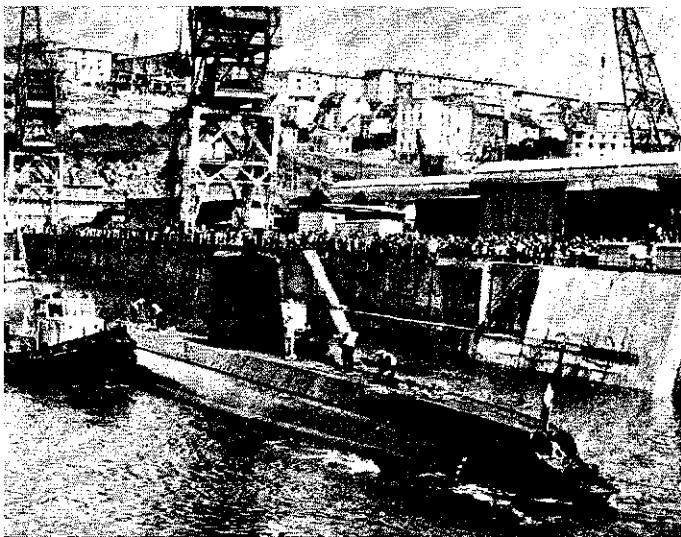
SPIEGEL-Report über die Lieferung von Kriegsgerät an die Entwicklungsländer



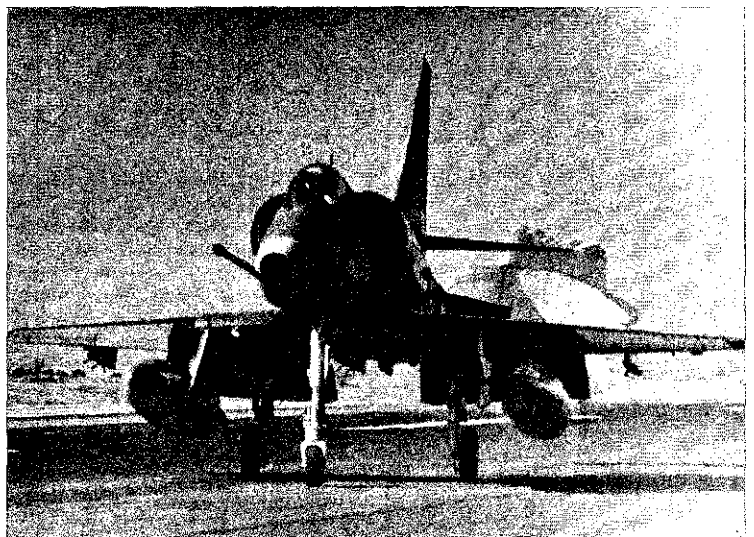
Sowjetische Raketen in Ägypten



Tschechische Kanonen in Guinea



Französisches U-Boot für Pakistan



US-Flugzeug in Argentinien

Lightning-Jäger und Thunderbird-Raketen von gleicher Abwehrkraft wie die britische Luftverteidigung schützen den arabischen Zwergstaat Kuwait.

Düsenbomber mit weitem Aktionsradius stehen in Indonesien und Ägypten — den einzigen Ländern außer den Atommächten.

Moderne französische Mirage III, 90 Kampfflugzeuge des Typs F-86 aus Bundeswehrbeständen und in China gebaute MiG-19 verteidigen Pakistan.

Phantom-Jagdbomber besaß der Iran früher als die Bundesrepublik. Russische Jagdbomber von gleicher Kampfkraft wie die Starfighter der deutschen Luftwaffe fliegen für Uganda.

Moderne Waffen, insbesondere Kampf- und Transportflugzeuge, Kriegsschiffe und Panzer, sind für die Entwicklungsländer Symbol ihrer Unabhängigkeit geworden. 200 Milliarden Dollar ließen sie sich bisher — so das Stockholmer Friedensforschungsinstitut „Sipri“ — ihre Verteidigung kosten. Die Nato-Länder gaben rund 1400 Milliarden Dollar aus.

Die Entwicklungsländer leisteten sich beispielsweise 1969 mehr als 2421 Flugzeuge und mehr als 683 Hubschrauber für militärische Zwecke. Allein der Iran kaufte für 183 Millionen Mark ein: 100 Agusta Bell 206 A „Jet Ranger“ und 40 Agusta Bell „Iroquois“.

1960 hatten erst sechs Staaten der Dritten Welt Überschallflugzeuge, 1968 waren es bereits 32. 1958 besaß noch kein Entwicklungsland weitreichende Boden-Luft-Raketen. 1968 rüsteten 20 Entwicklungsländer ihre Streitkräfte mit ihnen aus. Über 30 Prozent des Weltrüstungshandels gehen heute nach Afrika, Asien und Lateinamerika.

Anfang Januar enthüllte der Präsident des US-Rechnungshofs vor

einem Unterausschuß des Kongresses, daß einigen Entwicklungsländern Waffen wichtiger sind als Weizen: Für 700 Millionen Dollar, die ihnen von der Aktion „Nahrung für den Frieden“ zur Verfügung gestellt worden waren, hatten sie Waffen gekauft. Senator Proxmire: „Erschreckend.“

Erschreckend scheint zunächst das Prestigebedürfnis der Entwicklungsländer. Sie kaufen Waffen, die sie sich, finanziell gesehen, nicht leisten können, und die sie sich, moralisch gesehen, nicht leisten sollten. 12 Milliarden Dollar wenden sie jährlich für ihre „Sicherheit“ auf — das ist doppelt so viel wie die aus öffentlichen Mitteln an sie geleistete Entwicklungshilfe der gesamten westlichen Welt. Wer Argumente gegen die Entwicklungshilfe sucht — nicht nur gegen die ungezielt geleistete, sondern gegen Entwicklungshilfe überhaupt —, in diesen Zahlen könnte er sie finden. Wer sich gleichgültig zu machen wünscht gegen die hungernden Millionen in Indien und Südamerika oder wer seine Gleichgültigkeit rechtfertigen möchte — mit diesen Zahlen kann er es, zumindest bei oberflächlicher Betrachtungsweise.

5,9 Prozent ihres Bruttosozialprodukts investieren die Länder Asiens, 11,6 Prozent die arabischen Staaten und etwa acht Prozent die Afrikaner in ihre Verteidigung — in der Bundesrepublik sind es 4,7 Prozent.

Das arme Somalia beispielsweise hat ein Bruttosozialprodukt von weniger als 100 Dollar pro Jahr und Kopf. Aber es gibt zwischen fünf und zehn Prozent für seine Soldaten aus. Staaten wie der Tschad, der Kongo-Kinshasa, Dahomey und Äthiopien haben ein Bruttosozialprodukt, das die Hundert-Dollar-Grenze noch nicht einmal erreicht. Gleichwohl geben sie für ihr Militär

Waffen in den Entwicklungsländern: Prestige der Armen und Profit der Reichen

zwei bis fünf Prozent aus — genauso viel wie Südafrika mit einem Brutto-sozialprodukt von über 500 Dollar.

Äthiopien setzte einen Dollar pro Einwohner für seine Erziehungsprogramme ein — sechs Dollar für das Militär. Ägypten begnügte sich mit zehn Dollar pro Araber für Bildung gegenüber 22 Dollar für Verteidigung. Der Kongo-Brazzaville verwandte fünf Dollar je Einwohner für Erziehung — sieben Dollar für die Armee.

Allein die reiche Elfenbeinküste fällt mit ihren Militärausgaben aus dem afrikanischen Rahmen: Staatschef Houphouët-Boigny gibt für die Erziehung seiner Landeskinder 127 Dollar pro Einwohner aus — für ihre Verteidigung nur vier Dollar.

Die Inder hingegen mit 10 bis 50 Millionen Arbeitslosen rüsten immer weiter auf — auf Kosten der Hungernden. Zunächst bauten sie MiG-21-Flugzeuge und Alouette-Hubschrauber in Lizenz. Sie sind doppelt so teuer wie importierte Flugzeuge des gleichen Typs. Heute beginnen sie schon Kriegsschiffe und U-Boote herzustellen. Premier Indira Gandhi zum SPIEGEL: „Wir müssen das Machtvakuum selbst füllen.“

Konnte Bestseller-Autor Thayer („The War Business“) noch 1969 behaupten, die Entwicklungsländer seien im Altwaffengeschäft „die besten Kunden“, so sind heute schon 50 Prozent des Kriegsgüter für Entwicklungsländer neues militärisches Großgerät.

Kein Zweifel also: Panzer und Flugzeuge sind vielen jungen Staaten wichtiger als Erziehung, Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung.*

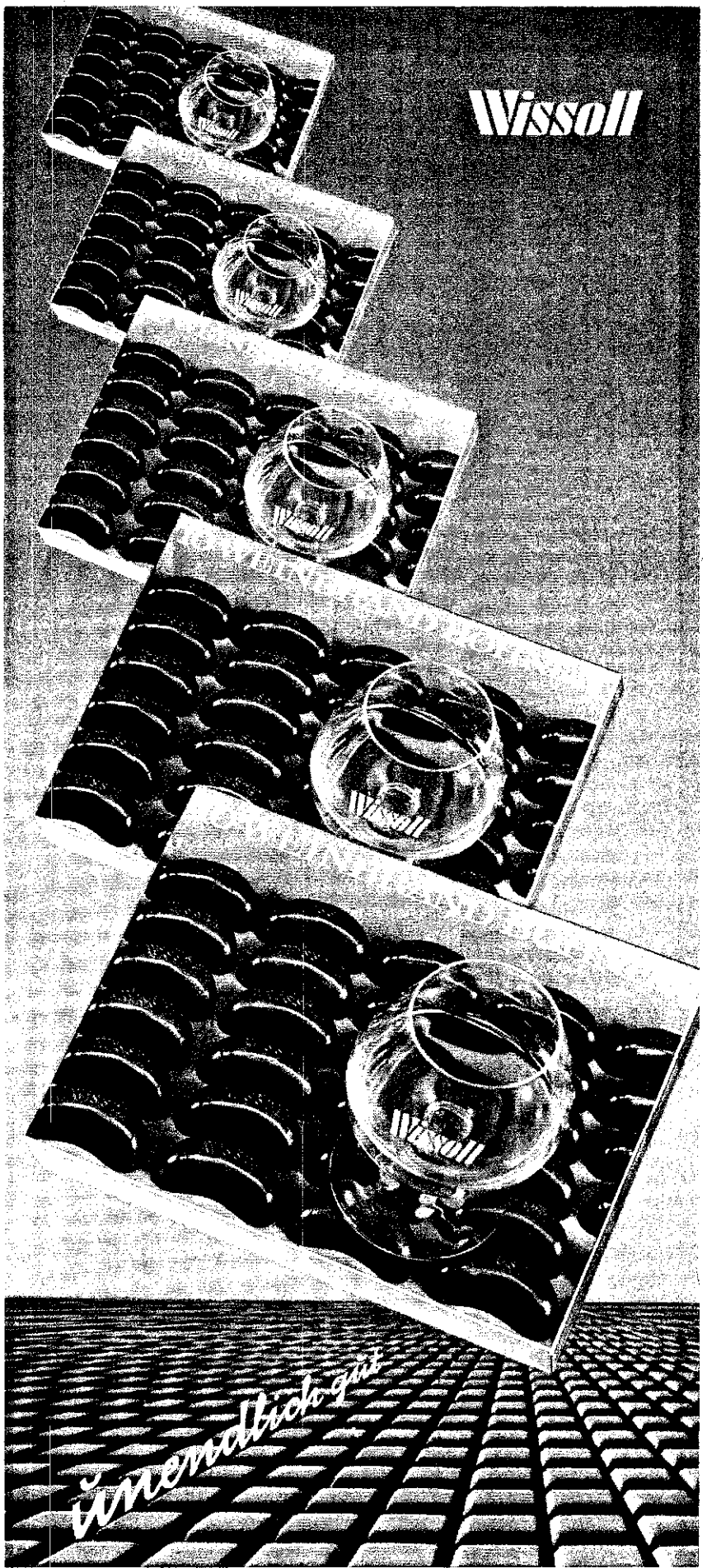
Das ist die eine — erschreckende — Seite, die Käuferseite, des Geschäfts mit dem Krieg. Die andere ist zumindest ebenso erschreckend: In den Industriestaaten wird das militärische Prestigebedürfnis der Entwicklungsländer belächelt oder verurteilt — als hätten nicht eben diese Industriestaaten das Vorbild für Prestigepolitik und militärische Machtentfaltung abgegeben, als hätten sie nicht Fortschritt und Wohlfahrt ihrer Völker durch zwei Weltkriege und zahllose andere Konflikte gebremst, als ständen nicht auch bei ihnen oft die Ausgaben für den Krieg in keinem Verhältnis zu den Kosten für Erziehung und Gesundheit.

Das Prestigebedürfnis der Armen und das Profitstreben der Reichen rasten ineinander, von der Völkergemeinschaft sanktioniert, vom Völkerrecht ignoriert, von den Regierungen eigenhändig betrieben.

Vorbei ist die große Zeit des illegalen und privaten Waffenhandels. Geheime Kommando-Unternehmen tüchtiger Geschäftsleute, die Maschinenpistolen, Gewehre und Munition bei Nacht auf Schiffen nach Nordafrika

* Demnächst erscheinen zum Weltrüstungsproblem folgende Bücher: Ulrich Albrecht: „Der Handel mit Waffen“. Hanser Verlag, München; Stockholmer Friedensforschungsinstitut „Sipri“. „Arms Trade with the Third World“. Almqvist & Wiksell, Stockholm.

WISSOLL • WILH. SCHMITZ-SCHOLL • MÜLHEIM-RUHR • KAKAO • SCHOKOLADEN • PRALINEN • ZUCKERWAREN



verladen ließen, gehören der Vergangenheit an. Afrikanische Freiheitsbewegungen von heute wenden sich lieber an Regierungen als an Händler — Regierungen verkaufen billiger. „Die Kaufleute des Todes sind beamtete Bürokraten geworden“, urteilte das Institut für Strategische Studien in London.

Amerika wickelt heute 70 Prozent aller Rüstungstransfers direkt von Regierung zu Regierung ab. Die privaten Waffenhändler verkaufen fast nur noch militärisches Kleingerät.

Gleichwohl werden heute nur noch fünf Prozent des Waffenhandels von Privaten getätigt — 95 Prozent all dessen, was in der Dritten Welt schießt, faucht und rasselt, wurden von den Regierungen geliefert, meistens von den Großmächten.

1969 exportierten die USA für 570 Millionen Dollar, die UdSSR lieferte für 320 Millionen militärisches Großgerät. Es folgen Großbritannien mit 180 Millionen, Frankreich mit 80 Mil-

stellte 1967 der Unterausschuß für Abrüstung des Außenpolitischen Senatsausschusses fest.

Die Sowjet-Union schaltete sich 1955 in den internationalen Waffenhandel ein. Sie lieferte damals den Ägyptern 150 MiG-15 und MiG-17 sowie 68 Iljuschin-Bomber, mehrere hundert Panzer, schwere Artillerie, zwei Zerstörer und drei U-Boote.

Insgesamt exportierte Moskau bislang über 1500 Düsenkampfflugzeuge in Entwicklungsländer. Sie gingen in sowjetische Interessengebiete wie Ägypten (750), Indien (100) und Afghanistan (57) oder in sozialistische Länder wie den Irak (201), Kuba (149), Algerien (122) und Syrien (110).

Die Briten konnten sich nach dem Zweiten Weltkrieg mangels Geldes keine großen Militärhilfeprogramme erlauben. So begannen sie, Waffen an Länder der Dritten Welt gegen Geld abzugeben.

Doch sie verkauften so teuer, daß ihre ehemaligen Zöglinge ihnen den

außerdem erforschen, wie das Interesse potentieller Käufer angeregt werden kann.“

England schaffte seiner Industrie günstige Finanzierungsbedingungen, indem es Rüstungsverkäufe mit Exportrückvergütungen und Prämien honorierte. Es nutzte sogar die Finanzhilfe deutscher Banken, um die Amerikaner aus dem Flugzeuggeschäft in Lateinamerika zu verdrängen.

Britische Rüstungsgüter sind heute begehrt. Lateinamerikanische Länder fragen nach englischen Kriegsschiffen. Singapur, Jordanien, Abu Dhabi und Katar kauften 1969 überholte Hawker-„Hunter“-Flugzeuge.

Der Anteil der exportierten Rüstungsgüter am britischen Außenhandel beträgt 28 Prozent und bringt die erwünschten Devisen. Auch die Prognose für 1971 ist günstig: 200 „Chieftain“-Panzer, das Gegenstück zum deutschen „Leopard“, konnten sie an den Iran verkaufen.

Stärkster Konkurrent der Briten trotz der Rüstungspause im Zweiten Weltkrieg wurden die Franzosen.

Nachdem Frankreichs Kolonien unabhängig geworden waren, schenkte Frankreich ihnen die erste militärische Ausrüstung — 80 Millionen Dollar kostete diese Erstausrüstung für die afrikanischen Länder südlich der Sahara. 1966 bot Frankreich dann den Rüstungskäufern aus Entwicklungsländern Kredite mit Laufzeiten von zehn Jahren an, wobei es auf Zinsen verzichtete, obwohl das auch von Frankreich unterzeichnete Berner Abkommen nur fünfjährige Laufzeiten erlaubt.“

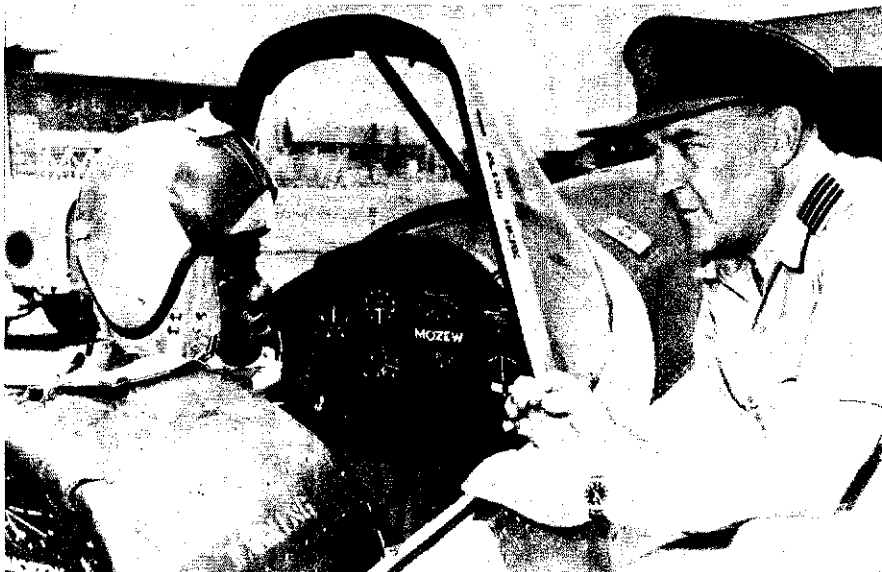
„Wir brauchen erhebliche Aufträge aus dem Ausland, um... die ständig wachsenden Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die laufenden Investitionen finanzieren und regelmäßig produzieren zu können“ — so der französische Abgeordnete Jacques Hébert.

Dank zentraler Exportausschüsse in den wichtigsten Rüstungsindustrien und seiner Exportförderpolitik erhöhte Frankreich 1970 den Anteil der ausgeführten Rüstungsgüter auf 1,3 Milliarden Dollar — acht Prozent der Gesamtausfuhr.

Die französische Mirage III ist neben der MiG-21 und dem amerikanischen Starfighter bevorzugtes, weil einfaches und billiges Überschallflugzeug für die Dritte Welt. Neben den USA lieferte Frankreich die meisten Lenkraketen und hält den Rekord im Rüstungshandel mit Panzerabwehrraketen. Bereits 1965 überschritt der Export die 100 000-Stück-Grenze — ein Viertel davon ging in Entwicklungsländer.

Französische Händler folgten den Krisen. Sie lieferten Waffen auf Kriegsschauplätze wie Nigeria und in Spannungsgebiete wie Rhodesien und Südafrika, wo sie sich sogar über das

* In der Berner Union von 1934 vereinbarten Exportkreditversicherer unter Zustimmung der Regierungen Richtlinien für Kreditversicherungen bei Außenhandelsabschlüssen. Die übrigen EWG-Länder halten sich an die Absprachen.



Britischer Ausbilder, Pilot in Kenia: „Wir müssen das Machtvakuum füllen“

lonen, Italien und Schweden mit je 30 Millionen und Kanada mit zehn Millionen US-Dollar.

In den Vereinigten Staaten ernannte der damalige Verteidigungsminister und heutige Weltbankpräsident McNamara 1962 einen eigenen Rüstungsbeauftragten. Dessen Ziel: jährlich mindestens für 1,5 Milliarden Dollar amerikanische Rüstungsgüter zu verkaufen.

Vierzig Prozent des Weltrüstungshandels wurden in den letzten Jahren von den USA bestritten. Die Waffentransfers machen zehn Prozent aller US-Exportgeschäfte aus, obschon auf den Rüstungsexport nur drei Prozent der amerikanischen Rüstungsgeschäfte entfallen — so gigantisch ist Amerikas Kriegsindustrie.

„Innerhalb von fünf Jahren hat sich das militärische Exportverkaufsprogramm von einem unbedeutenden Nebengeschäft zu einer der Hauptaufgaben der US-Regierung entwickelt“,

Rücken wandten. Schon 1954 bevorzugten die Pakistanis preisgünstige Waffen made in USA. Großbritannien verlor auch Jordanien an die Amerikaner, Ägypten und den Irak an die Sowjet-Union.

Erst 1966 erholte sich die britische Rüstungsindustrie. Briten-Premier Wilson konnte König Feisal von Saudi-Arabien gleich 36 Lightning-Jäger, verschiedene Trainer, 24 BAC 167 und 37 Thunderbird-Raketen verkaufen. Die Briten buchten damit den größten Anteil des britisch-amerikanischen 400-Millionen-Dollar-Rüstungsgeschäfts für sich.

Die britische Regierung unterstellte den damaligen Leiter der Defence Sales Group, Raymond Brown, direkt dem Verteidigungs- und Technologie-Minister. Seine Dienstweisung: „Er wird gewährleisten, daß im Rahmen der Regierungspolitik soviel militärische Ausrüstung wie möglich nach Übersee verkauft wird, und soll

Waffenembargo der Vereinten Nationen hinwegsetzten.

1970, nach dem Sturz des libyschen Königs Idris, booteten die Franzosen die Briten in Libyen aus: Anstelle britischer Kampfflugzeuge bestellten die libyschen Militärs 110 Mirage-Jäger im Wert von 400 Millionen Dollar.

Die Deutschen kamen erst Anfang der sechziger Jahre in das Rüstungsgeschäft. Sie leisteten zunächst Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe — gekoppelt mit Kapitalhilfe und technischer Hilfe — an 21 Entwicklungsländer für insgesamt 1,1 Milliarden Mark.

Später exportierten auch deutsche Firmen Waffen. Es erhielten:

- ▷ Nigeria, Tansania und Guinea leichte Flugzeuge, Panzerabwehrraketen, Küstenwachboote, Begleitschiffe, Handfeuerwaffen und Flugabwehrkanonen;
- ▷ Argentinien zwei U-Boote, Indonesien zehn Minenräumboote, Brasilien zwei Minensuchboote, Thailand zwei Korvetten; Saudi-Arabien drei Schnellboote;
- ▷ diverse afrikanische Länder 250 Flugzeuge vom Typ Do-27 und Do-28, Fiat G-91 und Fouga Magister;
- ▷ Pakistan Panzerabwehrraketen „Cobra“;
- ▷ Jordanien, Persien und die Türkei Rheinmetall-Flugabwehrkanonen RK 20, Handfeuerwaffen und Munition.

Die Fritz-Werner-Gruppe baute Waffen- und Munitionsfabriken im Sudan, in Persien und Nigeria und je eine Gerberei, Uniform- und Schuhfabrik in Guinea. Kenia erhielt 1966 für zehn Millionen Mark britische Waffen der Bundeswehr — die Engländer rechneten sie den Deutschen auf ihre Devisenhilfe an.

Weit bedeutender noch waren die Altmaterialeverkäufe. 20 Prozent des abgestoßenen und nicht verschrotteten deutschen Kriegsgeräts kauften die Entwicklungsländer über bundesdeutsche Firmen. Allein Venezuela erwarb

74 ausgediente F-86-„Sabre“-Flugzeuge.

Verkäuferin ist meist die bundeseigene „Vebeg“. Bis Mitte 1970 verkaufte sie Bonns Kriegsmaterial etwa zur Hälfte an die Aktiengesellschaft „Merex“, einen Agenten der großen amerikanischen Waffenfirma „Interarmco“.

Die Preise, die das Entwicklungsland dann zahlte, lagen über den von der Vebeg erzielten Summen. Die Differenz verdiente die Merex. Für den Verkauf von 90 alten Sabre-Jägern an die Bonner Merex AG erhielt die Vebeg beispielsweise 27 Millionen Mark. Der Endkäufer Iran mußte für diese Flugzeuge 40 Millionen Mark zahlen.

Bonn beschloß, die Zusammenarbeit mit der Merex zu beenden: Alt- und Neumaterialien werden über die bundeseigene Vebeg ohne Umwege an den Endkäufer abgegeben.

Anfang der sechziger Jahre noch hatte der frühere Premier Wilson über die deutsche Rüstungskonkurrenz gestöhnt: „Die Deutschen entwickeln sich rapide zum universalen Waffenlieferanten in alle Krisenherde.“ Aber selbst in den besten Jahren (1965/66) setzten die Deutschen lediglich 320 Millionen um — nicht einmal 0,3 Prozent des gesamten deutschen Exports.

Damals wurde bekannt, daß Bonn den Israelis für 300 Millionen Mark Rüstungsgüter geschenkt hatte. Die meisten arabischen Staaten brachen die Beziehungen zur Bundesrepublik ab. Seither ist der deutsche Rüstungsexport stark zurückgegangen.

1965/66 exportierten die Deutschen noch Altgerät für 64,1 Millionen Mark — 1969 waren es nur noch zwei Millionen Mark. Heute verzichtet die Bundesrepublik laut Helmut Schmidt ganz darauf, Waffenwünsche der Entwicklungsländer zu befriedigen.

Die amtlichen Waffenhändler verfolgen verschiedene Ziele. Militärhilfe und Waffenhandel sollen nach Ansicht der USA und der Sowjet-Union politisch-militärische Balancen erhalten, Krisen eindämmen und Konflikte



Portugiesen, deutsche Kraftfahrzeuge in Angola „Im Geist der Nato“

beenden. Daher stärken sie die kleinen und großen Armeen der Entwicklungsländer — unabhängig davon, ob deren Regierungen Aggressions- oder Verteidigungspläne haben.

Die militärischen Entwicklungshelfer in den Industrieländern behaupten, ihr Handel sei schon deshalb gerechtfertigt, weil in den Entwicklungsländern die Armeen stabile Machtverhältnisse garantierten. Sie leisteten bereitwillig Hilfe beim Aufbau dieser „Schule der Nation“ und sahen in der Militärhilfe eine wertvolle und in manchen Fällen notwendige Ergänzung der Entwicklungshilfe.

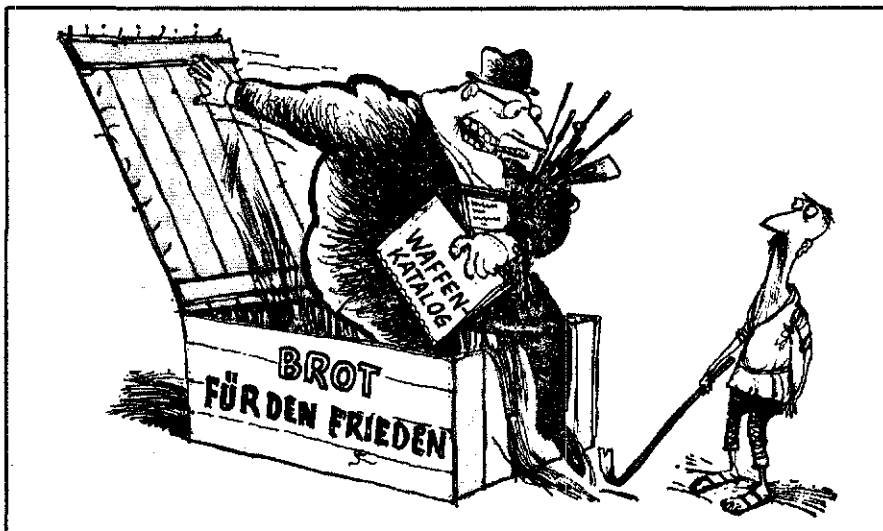
55 Putsch in Afrika — 20 militärische Umsturzversuche in 14 afrikanischen Ländern südlich der Sahara waren erfolgreich — widerlegen diese Vorstellungen der früheren Kolonialherren.

Togo-Staatschef Sylvanus Olympio wollte seiner 250-Mann-Armee 1963 die Aufrüstung versagen, die Soldaten ermordeten ihn. Präsident Houphouët-Boigny von der Elfenbeinküste entdeckte Hochverratspläne der Armee — die er daraufhin auf 2000 Soldaten verkleinerte.

In ihren ersten Aufrüstungsjahren nach der Unabhängigkeit konnten die Nehmerländer die Gebernationen gegeneinander ausspielen.

Wollten die USA nicht liefern, wandten sich die Regierungschefs an die UdSSR: Ägypten versuchte, seine Abhängigkeit von der amerikanischen Wirtschaftshilfe durch sowjetische Waffenkäufe auszugleichen. Nasser: „Ich weiß wirklich nicht, ob es kommunistische und nichtkommunistische Waffen gibt — in Ägypten sind diese Waffen ägyptische Waffen.“

Als die Amerikaner dem Schah von Persien nicht das gewünschte Kriegsgerät lieferten, schloß Persien 1967 ein militärisches Exportabkommen mit der UdSSR. Der Schah: „Sagen Sie mir, haben Waffen eine Seele oder können Waffen irgendeinen Treueid für einen religiösen oder politischen



„Haben Sie etwa Brot erwartet?“

Glauben schwören? Der Mann zählt, der diese Waffen gebraucht."

Tansanias Nyerere ging noch weiter: „Wenn das Commonwealth und die kleinen Mächte uns nicht helfen wollen oder können... ich bin bereit, mein Land für Militärhilfe in die Hände irgendeiner Großmacht zu legen."

Diese Schaukelpolitik empfahl sich allerdings nur jenen Entwicklungsländern, die sich mit Waffen von begrenztem strategischem Wert zufriedengaben. Denn je komplizierter die Waffen, desto kleiner die Zahl der Verkäufer. Nur die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich können technisch aufwendige Kampfflugzeuge und Raketen liefern.

Aber Großbritannien und Frankreich verkaufen ihre Waffen nur gegen bar. Die meisten Entwicklungsländer müssen da passen. Sie versuchen es deshalb bei den Supermächten.

Andere Länder kauften in verschiedenen Staaten einen Waffensalat zusammen, um nicht von nur einem Ge-

schen Hafen Puerto Barrios eintraf, lieferten die Amerikaner sogleich große Mengen US-Waffen und Flugzeuge in die Nachbarländer Guatemalas — dessen Regierung stürzte.

Bis 1968 schickten die USA den lateinamerikanischen Staaten 713 Militärflugzeuge, 391 Hubschrauber und 55 Patrouillenboote. Als Brasilien Wünsche nach Überschallflugzeugen äußerte und Frankreichs Mirage kaufen wollte, warnten die Amerikaner. Heute dulden sie das Eindringen französischer und englischer Flugzeug- und Kriegsschifflieferanten.

Einst erhielten die Entwicklungsländer nur den Ausschuss des Waffenmarkts. Heute ist das anders. Die Amerikaner zum Beispiel verkauften den arabischen Ölländern ihre hochtechnisierten Flugzeugsysteme. Saudi-Arabien zahlte für seine erste Luftwaffenausstattung 1,6 Milliarden Mark. Die UdSSR versetzte ein so rückständiges Land wie den Jemen mit Kriegsflugzeugen sofort in das Überschallzeitalter.

Transportbehältern auf dem Flugplatz stehen. MiG-17- und Iljuschin Il-28-Bomber, die Marokko von den Russen erhielt, werden von Marokko-Fliegern schlecht gewartet und selten geflogen.

Der Hochmut, den Amerikaner und Europäer angesichts solcher Erfahrungen oft äußern, ist allerdings um so weniger berechtigt, als Entwicklungsländer, die viel für Kanonen und wenig für Schulen ausgeben, nicht nur in Asien und Afrika liegen. Die Nato-Partner Griechenland und Portugal beispielsweise nehmen gern, was sie bekommen können.

Kaufte Griechenland noch 1950 Waffen im Wert von 75 Millionen Mark, so kletterten 1968 die Rüstungstransfers auf 187,5 Millionen Mark. Den griechischen Obristen verkauften die USA 1969 F-5-Düsenjäger, Frankreich Schiffsraketen und Schnellboote und die Bundesrepublik Noratlas-Transportflugzeuge. 1971 liefert die Kieler Howaldts-Werft vier U-Boote an die Griechen.

Die Portugiesen benötigen Waffen sogar dringend. Ihr Land, das Armenhaus Europas, verwendet die Hälfte seines Budgets für Verteidigung. Denn Portugal führt seit Jahren in seinen afrikanischen Kolonien Angola, Moçambique und Portugiesisch-Guinea einen verlustreichen Krieg gegen schwarze Freiheitsbewegungen — und es führt diesen Krieg mit Waffen und Geld aus Nato-Ländern. Hauptgeldgeber sind die USA, der Hauptteil der Rüstungsimporte allerdings kam 1969 aus Frankreich und der Bundesrepublik.

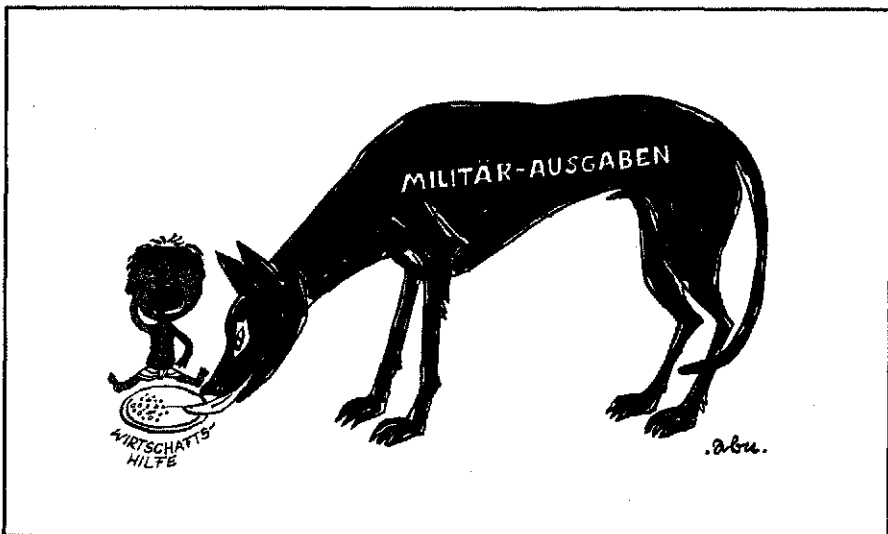
Schon 1961 wickelten die Deutschen mit den Portugiesen ein Nato-Waffengeschäft über 50 kurzstartende Leichtflugzeuge Do-27 ab — sie werden von den „Esquadrilhas de Ligação“ gegen die Guerillakämpfer eingesetzt.

1966 erwarb Portugal von der Bundesrepublik 40 Kampfflugzeuge Fiat G 91 — den größten Posten Kampfflugzeuge im vergangenen Jahrzehnt überhaupt. Sie bilden die Esquadra 52 — zunächst in Bissau (Base Area 12) in Portugiesisch-Guinea stationiert, heute stehen sie auf dem Flugplatz Beira (BA 10) in Moçambique.

Dazu das portugiesische Außenministerium: „Der Transaktion wurde im Geiste des Nordatlantikpakts zugestimmt. Man kam überein, daß diese Flugzeuge nur für Verteidigungszwecke innerhalb portugiesischen Territoriums verwendet würden. Das portugiesische Territorium erstreckt sich auch auf Afrika — Angola, Moçambique und Portugiesisch-Guinea.“

1968 transferierte die Bundesluftwaffe 12 Militärflugzeuge Noratlas nach Portugal — sie transportieren heute portugiesische Fallschirmspringer des Batalho No. 21 in Angola und des Batalho No. 31 in Moçambique.

In Hamburg lieferte Blohm + Voss 1970 drei Korvetten an die portugiesische Marine. Nato-Zwecken können die Schiffe nicht dienen. Denn Portugal hat der Nato keine Marine-Einheiten unterstellt.



The Observer

Unstillbarer Hunger

ber abhängig zu sein. Doch auch dies System erwies sich als verletzlich.

Als der Nigerialkrieg ausbrach, entschlossen sich die CSSR, die Niederlande, Italien und Belgien sowie die Bundesrepublik, Schweden und die Schweiz, in das Spannungsgebiet weder selbst Waffen zu liefern noch Waffenexporte dorthin zu erlauben.

Der Rüstungsmarkt in der Dritten Welt ist aufgeteilt. Der lateinamerikanischen Kontinent gehörte nahezu ausschließlich dem amerikanischen Rüstungshandel. Der Anteil der Vereinigten Staaten stieg 1969 auf 75 Millionen Dollar — doppelt soviel wie 1968. Nach einer neuen US-Exportpolitik, festgelegt im Symington-Act, soll diese Summe die Grenze im süd-amerikanischen Rüstungsgeschäft sein — aber Fremde duldet Amerika auf seinem Hausmarkt nicht gern.

Als ein schwedisches Frachtschiff mit 2000 Tonnen tschechoslowakischer Handfeuerwaffen im guatemalteki-

Das unterentwickelte Uganda (60 Prozent Analphabeten und rund 100 Dollar Einkommen pro Kopf und Jahr) hatte 1962 drei Offiziere. 1964 stellte es eine eigene Luftwaffe auf mit Jägern, Leichtflugzeugen und sechs israelischen Düsentrainern vom Typ Fouga Magister. 1968 flogen zwölf MiG-21 in Uganda ein — russische Piloten steuern sie, russisches Bodenpersonal betreut sie.

Oft haben die Entwicklungsländer weder Geld noch Verwendung für die gelieferten Prestigewaffen. Afghanische Offiziere fliegen zum Düsenjäger-Training in amerikanische Camps. Aber die Maschinen, die auf den heimischen Flugplätzen stehen, stammen aus der Sowjet-Union.

Die Flugzeuge, die Moskau Ende der fünfziger Jahre dem Jemen geschickt hatte, standen jahrelang unter Zeltplanen am Rand des Flugplatzes von Sana herum.

Das archaische Somalia ließ seine MiG-21 gleich unausgepackt in ihren